

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 29. Mai 2018

Zur SP-Forderung nach staatlicher Islam-Anerkennung

Insider warnen vor staatlicher Islam-Anerkennung

Die Eidgenössisch-Demokratische Union EDU nimmt Warnungen von religiösen Minderheiten aus islamischen Ländern sowie von Islam-Kennern in Europa ernst und lehnt deshalb die SP-Forderung nach einer staatlichen Anerkennung des Islams in der Schweiz ab.

Die EDU setzt sich für den Erhalt der freiheitlich-christlichen Werte in der Schweiz ein. Eine staatliche Anerkennung des Islam, dessen Fundamente an den Auswirkungen in islamisch dominierten Ländern für jeden erkenntlich ablesbar sind, stellt in den Augen der EDU ein Schritt in Richtung einer Unterwanderung der freiheitlichen Werte und einer wachsenden Einschränkung christlicher Werte in der Schweiz dar. Die EDU nimmt die wiederkehrenden Warnungen von Angehörigen religiöser Minderheiten in islamisch dominierten Ländern vor einer Islamisierung Europas ernst. Zahlreiche Islamkenner in Europa bestätigen die Ernsthaftigkeit dieser Warnungen.

Aus diesen Gründen lehnt die EDU die von verschiedenen Seiten regelmässig geäusserte Forderung nach einer staatlichen Anerkennung des Islam in der Schweiz strikte ab. Dass die SP-Exponenten in den letzten Monaten auch in diesen Tagen diese Anerkennung fordern, entbehrt in aus Sicht der EDU jeder Logik, da sich diese Partei sonst angeblich für Freiheit und die Rechte der Schwachen einsetzen, bei diesem Thema aber die Augen verschliessen vor der internationalen Realität.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40